Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 82 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,03 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 14. Februar

Anzeigenpreis: Hiesige Inserenten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verlustfreier Kasse.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Rechenschaftsbericht der Regierung

Eine Rede Scheidemanns in der Nationalversammlung

Um es vorweg zu sagen: Man darf sich durch die Ausführungen des Herrn Scheidemann nicht beeindrucken lassen. Der durch das Wolffsche Telegraphen-Büro verbreitete Text dieser Ausführungen nennt sie eine große politische Rede. Groß daran ist aber nur die Fülle der nichtssagenden Worte, denn Worte, nichts als leere Worte sind es, die Scheidemann gestern in Weimar als neues Regierungs-Programm ausgegeben hat. Man weiß, Scheidemann wählt gern starke Worte, hat eine Vorliebe für große Gesten, und harmlose Gemüter haben sich während des Krieges durch Scheidemann in verhängnisvoller Weise einschüchtern lassen. Während des Krieges sprach Scheidemann oft mit Pathos von den Blutströmen, die sich durch die Erdteile ergössen, von den Schädel-Pyramiden, die sich zum Himmel türmten, von dem Schrei des geknechteten Volkes nach politischen Rechten und warnte vor einer Entfesselung der Massen, für die er, Scheidemann, nicht garantieren könne. Noch vor kurzem prägte er das Wort von dem Pulverfaß, auf dem die Regierung säße und auf dem sie es keine acht Tage mehr aushalten würde. In dem letzteren Falle hat sich aber so recht gezeigt, was hinter diesen drohenden Worten steckte, nämlich ein großes Nichts! Denn noch wochenlang hat die Regierung es auf dem bolschewistischen Pulverfaß recht gemächlich ausgehalten. Spartakus kannte den großen Windmacher Scheidemann besser als Bethmann Hollweg und dachte gar nicht daran, durch Worte sich einschüchtern zu lassen. Erst als der Tatmensch Noske kam, wurde es in Berlin und in dem Reiche allmählich besser. Hätte die Regierung Bethmann Hollweg den Charakter Scheidemanns auch nur annähernd so richtig eingeschätzt wie Spartakus, es wäre niemals so schlimm, und manches wäre anders gekommen.

Auch in seiner gestrigen Weimarer Rede hat Herr Scheidemann mit einem Schwall von Worten eine feuchtkalte nebelhafte Atmosphäre geschaffen. Denn das muß immer berücksichtigt werden: Auch bei der fieberhaftesten revolutionären Anstrengung Scheidemanns, wenn er sich selbst vor Begeisterung rührt und mit unnachahmlicher Armbewegung sich den perlenden Schweiß von seiner Denkerstirne wischt, bleibt die Hörerschaft fast immer kühl und meistens läuft es dann wie kaltes Rieseln durch alle nationaldenkenden Deutschen. Scheidemann hat mehr die Gabe, sich selbst zu begeistern und seine Parteigenossen aufzupeitschen, als andere Menschen warm werden zu lassen. Was soll man wohl dazu sagen, wenn Scheidemann gestern wieder mit Emphase herausschmetterte, daß „Völker und Volksteile nicht mehr wie Bauern auf dem Schachbrett verschoben" werden dürften! Marschall Foch wird danach nicht fragen, und die Polen werden in ihrer Zielstrebigkeit durch das große Tönen in Weimar nicht behindert werden. Das deutsche Volk, sagt Scheidemann weiter, sowie keines seiner Mitglieder sollen in Schmach und Not verkümmern. „Die Machtpolitiker der Entente können uns wohl zum Frieden zwingen, aber sie werden niemals 70 Millionen Menschen zwingen können, einen solchen Frieden im Innersten ihres Herzens als ehrlich und gerecht anzuerkennen." Als ob es darauf ankäme: Den feindlichen Staaten wird es furchtbar gleichgültig sein, ob wir einen Gewaltfrieden als ehrlich und gerecht anerkennen oder nicht anerkennen. Die Hauptsache ist ihnen, daß sie uns diesen Gewaltfrieden aufzwingen und aus einem zusammenhängenden 70 Millionen-Volk vielleicht ein 40 Millionen-Volk machen, das, weil ihm die wirtschaftlichen Daseinsbedingungen entzogen werden, langsam in Not verkümmern muß. Es wäre ja auch der Gipfel bündischer Unterwürfigkeit, wenn das deutsche Volk von der Entente sich zwingen ließe, einen Gewaltfrieden als ehrlich und gerecht anzuerkennen. Solche Gedankengänge überhaupt auszusinnen, zeugt allein schon von einer eigentümlichen Entwicklung von Nationalstolz und Volksehre. Recht sonderbar mutet es auch an, wenn Scheidemann erklärt, es sei „das Schlimmste in der Tragik eines zur Niederlage bestimmten Volkes, daß es vor der brutalen Wahrheit die Augen verschließen müsse, an ein Besiegtwerden nicht glauben dürfe, wenn es dasselbe nicht herbeiführen wolle." Nein, Herr Scheidemann, das deutsche Volk ist von der Vorsehung nicht zur Niederlage bestimmt, wohl aber stimmt es tragisch, daß in dem größten Augenblick der deutschen Geschichte kein Mann auf dem Kanzlerstuhle saß, der Totengräbern des deutschen Volkes ihr verbrecherisches Handwerk gelegt hätte. Es ist auch nicht wahr, daß das deutsche Volk ein Besiegtwerden verhindern könne, wenn es daran nicht glaube. Das deutsche Volk ist besiegt worden: Dieser Tatsache müssen wir offen, aber auch mit voller Ruhe ins Gesicht schauen. Es wäre schädlich und politisch unklug, wenn wir uns über die Schwere unserer Niederlage hinwegtäuschen wollten. Wir sind besiegt worden, aber nicht durch eine Welt von außen anstürmender Feinde, sondern durch Herrn Scheidemann selbst und seine Geistesgenossen. Nur wenn wir die tiefsten Ursachen unseres Falles erkennen, werden wir auch die Kraft finden, uns wieder langsam zu erheben. Daß aber ein deutscher Regierungsmann noch heute so unwahre Dinge auszusprechen vermag, das kann allerdings recht tragisch stimmen. Das Alte ist freilich zerbrochen, aber es sind keine falschen Götzen, die da zertrümmert wurden, sondern es war der Inbegriff der deutschen Kraft, derentwegen die Feinde von langer Hand her diesen Krieg vorbereitet hatten.

Aehnlich nebelhaft und großsprecherisch sind auch die Ausführungen Scheidemanns über die innere Politik, die in der Hauptsache in einer Polemik mit seinen unabhängigen und spartakistischen Genossen gipfeln. Wir brauchen hierauf nicht näher einzugehen, denn seine Parteigenossen werden sie schon als das zu würdigen wissen, was sie in Wirklichkeit sind. Sein Lobgesang auf die demokratische Ordnung des Heeres dürfte mit besonderem Wohlgefallen im Auslande vernommen werden. Darin hat Herr Scheidemann recht, daß der bewaffneten Macht heute jede Freiheit gegeben ist, aber er hat unrecht damit, daß der Armee als Ganzes durch die demokratische Ordnung das Treiben einer eigenen Politik verboten werde, „sei es eine royalistische oder eine bolschewistische Politik". Eine royalistische Politik des Heeres ist heute allerdings ausgeschlossen, wie sie niemals auch vorher bestanden hat, aber eine bolschewistische Politik ist doch gar zu oft in einzelnen Soldatenräten zutage getreten, und in Zukunft wird einer republikanischen Politik des Heeres durch die demokratische Ordnung Tür und Tor geöffnet sein. Ein wohldisziplinierteß und nicht politisierendes Heer aber kann allein noch unsere Rettung werden. Eine Verhöhnung vor den Unabhängigen bedeutet es, wenn Herr Scheidemann versichert, daß es der Beruf der Nationalversammlung sei, „das geistige Gut der Revolution vor Verschleuderung zu bewahren und es zum dauernden Besitz des Volkes zu machen." Das wird man zwischen Herrn Haase und Frau Ries gewiß nicht ungern gehört haben, denn zu dem wertvollsten Gut der Revolution gehört bekanntlich die glorreiche Institution der A.- und S.-Räte.

Die Rede Scheidemanns in der Nationalversammlung, die Rechenschaft vor dem deutschen Volke über die Regierungshandlungen seit dem 9. November ablegen und bahnweisende Ziele der Außenpolitik aufzeigen sollte, hat sich somit wieder als eine großangelegte Redeübung erwiesen. Scheidemann ist sich durchaus treu geblieben: Er ist der fuchtelnde Windmacher und pompöse Schaumschläger von ehedem. Pompös zweifellos, aber doch nur ein Schaumschläger. Kein Staatsmann mit neuen fruchtbaren Ideen mit zielbewußtem Wollen. h. b.

*

Der Verhandlungsbericht

Weimar, 13. Februar.

Vizepräsident Haußmann eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 20 Min. mit der Verlesung eines ihm vom Präsidenten Dove zugegangenen Schreibens, in dem dieser infolge seiner Berufung in die Reichsregierung sein Amt als Präsident der Nationalversammlung niederlegt. Ferner ein Schreiben des Reichspräsidenten über die Bildung des bereits gemeldeten Reichsministeriums.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.

Präsident des Reichsministeriums Scheidemann nimmt dann das Wort zu einer großen politischen Rede. Vorher gab er umfassend die Aufgaben der nächsten Zukunft bekannt in folgenden hauptsächlichen Punkten: Festigung der Einheit des Reiches durch eine starke Zentralgewalt, Herbeiführung eines sofortigen Friedensschlusses, Festhalten am Wilsonschen Programm, Ablehnung jedes Gewaltfriedens, Wiederherstellung eines deutschen Kolonialbesitzes, sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen, gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbunde, gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung, obligatorische Schiedsrichte zur Vermeidung des Krieges, Abschaffung der Geheimdiplomatie, in der inneren Politik demokratische Verwaltung, Heranziehung der Frauen zu öffentlichen Diensten, Schaffung eines Volksheeres auf demokratischer Grundlage zum Schutze des Vaterlandes unter wesentlicher Herabsetzung der Dienstzeit, Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrganges 1899, Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere, für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten, einheitliche Grundlage für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleinen Gewerbetreibenden, zunächst Aufrechterhaltung der Rationierung und Höchstpreise für die notwendigen Lebensmittel, an denen wir Mangel leiden, Unterstellung der Geschäftsbetriebe, die einen privatmonopolitischen Charakter angenommen haben, unter öffentliche Kontrolle bzw. soweit sie sich dazu eignen, Sozialisierung, Festlegung der Koalitionsfreiheit für jedermann, auf sozialpolitischem Gebiet planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, Wohnungsfürsorge, Ausbau des Mutterschutzes, der Säuglings- und Jugendfürsorge, Regelung der Arbeitsnachweise auf öffentlich-rechtlicher und paritätischer Grundlage, Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechtes, Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer, Heranziehung der Vermögen zur Verminderung der Reichsschuldenlast, Sicherstellung der Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigung.

Es folgten dann die politischen Ausführungen.

Mein erstes Wort soll ein Bekenntnis sein zu dem Gedanken der Volksherrschaft, den diese Versammlung verkörpert. Aus der Revolution geboren, ist es ihr Beruf, das geistige Gut der Revolution vor Verschleuderung zu bewahren, es zum dauernden Besitz des Volkes zu machen. Bei dem Zusammentritt dieser Versammlung gäbe es auf deutschem Boden keine rechtmäßige Gewalt, die nicht von ihr verliehen, in ihrem Auftrage ausgeübt wäre. Die provisorische Regierung habe schon in ihrer ersten programmatischen Erklärung vom 9. November die Wahl angekündigt und gegen alle Widerstände durchgeführt. Jetzt wäre die Zeit der Gewaltherrschaft ein für allemal vorüber, und keine Macht der Welt werde jemals ungestört wagen dürfen, das gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzutasten. Als größte Errungenschaft des neuen Rechtszustandes begrüßt Scheidemann die Gleichstellung der Frauen. Uebergehend auf Krieg und Niederlage, nennt er es das Schlimmste, in der Tragik eines zur Niederlage bestimmten Volkes, daß es vor der brutalen Wahrheit die Augen schließen müsse, an ein Besiegtwerden nicht glauben dürfe, wenn es dasselbe nicht herbeiführen wolle. Der 9. November enthüllte die nackte Wahrheit. Daß unter Volk in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besaß, die alten Götzen zu zertrümmern und die eigene Herrschaft auszurufen, darin erblickt der Ministerpräsident die stärkste Bürgschaft für die Zukunft. Er schildert dann die Uebernahme der Regierung, das Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen, das mit seiner paritätischen Besetzung der Regierungsstellen von vornherein mit einer Erbsünde vor dem Geiste der Demokratie beladen gewesen sei. Er geht auf die versuchte Gewaltherrschaft einer verwegenen Minderheit über, auf deren Bekämpfung und den daran anschließenden Austritt der Unabhängigen. Diese haben die Nationalversammlung stets als Hort und Ziel der Konterrevolution bekämpft, während sie doch nichts anderes sein kann, als die Versammlung, welche die Magna Charta der Revolution beschließen muß. Der Ausfall der Wahlen hat die Bildung einer Koalitionsregierung notwendig gemacht, der eine breite Vertrauenskundgebung zu geben war. Die so aufgebaute neue Regierung habe nun die schwere Aufgabe, den Frieden zu schließen, keine mit neuen Kriegsvorräten ausgefüllte Ermattungspause eines ewigen Kriegszustandes der Völker, sondern einen Frieden auf dem Boden einer Selbstverfassung. Scheidemann verlangt Festhalten am Programm des Präsidenten Wilson, nach dem Deutschland das Vaterland aller sein solle, die Deutsche und als Deutsche frei sein wollen. Ein niedergetretenes Deutschland wäre für alle Völker der Welt eine Gefahr, und wie zur Zeit der militärischen Erfolge Deutschlands unsere Alldeutschen eine Bedrohung der Welt gewesen seien, so seien es jetzt die Alldeutschen des Auslandes. Wer die alte Welt in unveränderter Form wieder aufrichten wolle, sei der gefährlichste Gegenrevolutionär. Die vorläufige Verfassung durchbrechend, hebt Scheidemann die demokratische Ordnung des Heerwesens hervor, das jedem einzelnen Angehörigen der bewaffneten Macht jede Freiheit wahre, der Armee als Ganzes aber das Treiben einer eigenen Politik verbiete, sei es eine royalistische oder eine bolschewistische. Für das Zusammenarbeiten zwischen Reich und Einzelstaaten bekennt sich der Ministerpräsident zu dem Grundsatz: Einheit in Freiheit. Scheidemann erinnert noch einmal an die Ergebnisse der Wahl vom 19. Januar, die keiner Gesellschaftsanschauung das Uebergewicht gegeben habe, und verheißt Eintreten der sozialistischen Mitglieder des Kabinetts von Fall zu Fall für ihre Ueberzeugung, ohne dadurch eine mit dem Geiste der Demokratie unvereinbare Pression auszuüben. Der Spruch des Volkes habe die Regierungsparteien zur Gemeinsamkeit der Arbeit aufgefordert. Nun gelte es, an diese Arbeit zu gehen. Bahn frei

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902141-16/fragment/page=0001

für das drängende, ungeklärte Neue: dann werden wir es schaffen!

Im Verlauf seiner Rede erklärte bei Besprechung der inneren Wirren Scheidemann noch: Wir haben zur Vermeidung des Bürgerkrieges alles getan, nicht zuletzt auch, weil wir wußten, daß nach Entfesselung des Bürgerkrieges Scheußlichkeiten auf beiden Seiten nicht zu vermeiden sein würden. Man kann nicht neben den Soldaten einen Minister stellen, der aufspringt, daß der Soldat nicht über die Stränge schießt. Die alleinige Schuld für das, was geschehen ist, fällt ausschließlich auf die, die allen Warnungen und Beschwörungen zum Trotz das Verderben entfesselt haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Von dem Programm des Präsidenten Wilson sagte Scheidemann noch: Es ist von uns aus Ueberzeugung angenommen worden. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht nach furchtbaren Kämpfen errungen. Wie sollte es anders als freiwillig dem Grundsatze huldigen, daß Völker und Volksteile nicht wie Bauern auf dem Schachbrett verschoben werden dürfen. Aber es darf auch keine neue Sklaverei aufgerichtet werden. Das deutsche Volk soll und wird das Vaterland aller sein, die Deutsche sein und bleiben wollen. Keines seiner Mitglieder soll in Schmach und Not verkümmern. Die Machtpolitiker der Entente können uns wohl zum Frieden zwingen, aber sie werden niemals 70 Millionen Menschen zwingen können, einen solchen Frieden im Innersten ihres Herzens als ehrlich und gerecht anzuerkennen. (Allseitige lebhafte Zustimmung.)

Scheidemann richtete einen warmen Appell an alle Neutralen, die sich ein Gefühl der Menschlichkeit bewahrt haben, uns in der Forderung auf sofortige Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen zu unterstützen. Die große Aufgabe, sagte Scheidemann im weiteren Verlauf seiner Rede, die wir uns gestellt haben, ist die Beseitigung der Klassenunterschiede. Ich will an dieser Stelle ein offenes Wort zu Ohren sagen. Es würde sinnlos und unnütz sein, die Tatsachen verdunkeln zu wollen, daß innerhalb der neu gebildeten Regierung über das Ideal der künftigen Gesellschaftsordnung verschiedene Auffassungen herrschen. Aber, ich glaube sagen zu dürfen, kein Mitglied der Regierung verschließt sich der Erkenntnis, daß wir uns im Zuge einer Entwicklung befinden, die weder zurückgeschraubt, noch ohne die schwerste Gefahr für das Ganze überstehen werden kann. Was uns zusammenführt, das war das harte Muß und die bittere Not.

Die Rede Scheidemanns wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Zentrumsabgeordnete Gröber erklärte hierauf u. a.: Es sind nun schon mehr wie vierzehntägige Monate, daß Deutschland um den Frieden gebeten hat. Das ist ein Vorgang, wie er in der ganzen Geschichte der Welt noch niemals vorgekommen ist, daß ein Volk um Frieden bittet und nach vierzehntägigen Monaten noch nicht einmal eine Antwort auf diese Bitte erhält. (Lebhafte Zustimmung.) Gröber erklärte sich im Namen des Zentrums auch heute gegen jede französische oder polnische Annexionspolitik und protestierte gegen den Plan,

den Kaiser vor ein ausländisches Gericht

zu stellen, wodurch nur Deutschland herabgewürdigt und beschimpft werden soll. Gegen die Annektion und den Bolschewismus muß sich das deutsche Volk zur Wehr setzen und es braucht deshalb eine Volkswehr. Gröber dankte dann der früheren Armee für das, was sie zum Schutze für unser deutsches Volk und Land geleistet hat und wandte sich dann gegen die Soldatenräte, deren Wert als Vertrauensausschuß er anerkannte, deren politische Tätigkeit er aber verwerfen zu müssen erklärte. Den großen Grundsatz nicht nur der persönlichen, sondern auch der genossenschaftlichen Freiheit, der Reliqionsübung, wollen wir und, sagte Gröber weiter, für die Gesamtheit des deutschen Volkes retten. Die Regelung der Kriegsbeziehungen zwischen Staat und Kirche muß Sache der Einzelstaaten sein, wir haben sie auf dem Boden der Freiheit zu erfolgen hat. Durch unseren Eintritt in die Regierung sind mehr als drei Viertel der Nationalversammlung in der Regierung vertreten. Durch unseren Beitritt wird auch die Politik der Regierung beeinflußt. Das Arbeitsprogramm der Regierung ist ein Koalitionsprogramm, nicht ein sozialistisches. Man wird auch künftig nicht mehr von einer sozialistischen Republik sprechen dürfen. Wir sind nicht Mitglieder einer sozialistischen, sondern einer Koalitionsregierung. Wir bleiben Zentrumsmitglieder auch in der Regierung. Wir sind auch stets Anhänger der Demokratie gewesen. Trotzdem mißbilligen wir die Revolution, weil sie eine gewaltsame Unterbrechung der stetigen demokratischen Fortentwickelung war. Die Revolution am 9. November hat uns politisch, militärisch und finanziell aufs schwerste geschädigt. Ohne Revolution hätten wir längst den Frieden. Meine politischen Freunde stellen sich nach allem, was geschehen ist, auf den Boden der vollendeten Tatsache. Wir wollen die demokratische Republik, weil wir in ihr die einzige Möglichkeit erblicken, aus dem Chaos der Revolution herauszukommen. Wir wollen die demokratische Republik auf föderativer Grundlage. Wir sind aber Gegner einer unesunden Schablonisierung und Zentralisierung. Man darf nicht glauben, daß der Ruf Los von Berlin nur aus einer bloßen Opposition entstanden ist. Warum soll man auch den deutschen Stämmen nicht das Recht lassen, im Namen des ganzen Reiches ihre Eigenart, ihren Verhältnissen zu leben. Wir würden es begrüßen, wenn die Deutsch-Oesterreicher zu uns kommen würden, nachdem sie lange Jahre durch eine falsche Machtpolitik aus Deutschland verdrängt worden sind. Nach Abkommung und Geschichte gehören sie zu uns. Mögen sie recht bald zu uns kommen. (Lebhafter Beifall.) Unsere Volksseele ist krank, sehr krank. Unser Volk muß zum Griffe der Arbeit und Pflichterfüllung zurückgeführt werden. Nur das kann uns wieder aufrichten. Die frühere Größe Deutschlands ist nicht durch militärische Gewaltleistungen errungen worden, sondern durch bürgerlichen Fleiß und Tüchtigkeit.

Abg. Dr. Naumann (Dem.): Es wäre auch eine unsozialistische Mehrheit noch reichlich hin möglich gewesen. Aber diese würde zwei Hauptmerke der Gegenwart nicht erfüllen können: sie würde die Revolution nicht beendigen können und dem Auslande gegenüber würde diese Mehrheit der Rechten als eine Garantie für einen sinnlichen Rechtsfrieden in keiner Weise erscheinen. Die wirtschaftlichen zu Ende gegangene bürgerliche Umgestaltung, die wir in Deutschland bisher nicht hatten, kann jetzt durchgeführt werden, weil Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum darüber einig sind. Wir haben keine angeborenen politischen Vorrechte mehr. Keine Kasten und Klassen. Wenn die drei Parteien mit allen ihren Verbindungen in Nord und Süd die Hände ineinanderlegen und sagen: wir wollen trotz aller Eigenart und Differenzen eine gemeinsame Einheit der Reichsbildung sein, dann sind sehr große Gefahren der Abbröckelung von Fesseln allein durch diese Tatsache von vornherein überwunden. (Lebhafte Zustimmung.)

Der Staatenausschuß an der Arbeit

Weimar, 13. Februar. (Amtlich.)

Der durch das Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt vom 10. Februar errichtete Staatenausschuß hielt am 11. Februar im Landtagsgebäude zu Weimar seine erste Sitzung ab und erklärte sich mit der Einbringung des Entwurfes eines Gesetzes betreffend die Festsetzung eines dritten Nachtrages zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1918 an die Nationalversammlung einverstanden.

Eine neue Knechtung Deutschlands?

Die Entente lehnt die Verlängerung des alten Vertrags ab.

Berlin, 13. Februar.

Die französische Delegation in Spaa hat am 13. Februar morgens 3,30 Uhr telephonisch die deutsche Vertretung in Spaa benachrichtigt, daß vom französischen Generalstab, General Wigand, bei ihr folgendes Telegramm eingelaufen ist:

„Der am 16. Januar erneuerte Waffenstillstand läuft am 17. Februar abends ab. Die Verlängerung über diesen Termin hinaus bis zur Unterzeichnung des Präliminarfriedens ist von den alliierten Regierungen nicht gebilligt worden. Infolgedessen haben sich die alliierten und die deutschen Bevollmächtigten, welche die Vereinbarungen vom 11. November, 13. Dezember, 16. Januar getroffen haben, zu einer Konferenz zu vereinen, um über die Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Februar hinaus zu beschließen. Das Oberkommando hat die Ehre, dem deutschen Oberkommando vorzuschlagen, die Konferenz am 14. Februar nachmittags in Trier stattfinden zu lassen, und zwar unter denselben Umständen, wie im Januar. Es wird um unverzügliche Antwort gebeten."

Die Abreise der deutschen Delegierten erfolgte heute nachmittag um 4 Uhr vom Anhalter Bahnhof in einem Sonderzug. Staatssekretär Erzberger, der von Weimar kommt, trifft mit den Berliner Mitgliedern und Kommissaren in Kassel zusammen.

Paris, 13. Februar.

Bezüglich der Zukunft des interalliierten Kriegsrates glauben wir zu wissen, daß der Kriegsrat der Ansicht ist, daß es Deutschland unmöglich gemacht werden muß, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, und daß ihm die Ueberzeugung beigebracht werden muß, daß wir die Sieger sind, und daß wir nicht die Absicht haben, einen farblosen Frieden aufzuerlegen. Wenn Deutschland sich willig fügt, wird ihm die Entente die Wiederaufnahme seiner Friedensarbeit erleichtern.

Die Kommission für den Völkerbund, die sich heute morgen versammelte, glaubt, daß man sich der Uebereinkunft ein gutes Stück genähert habe, jetzt, wo die Amerikaner und Engländer beschlossen hätten, den französischen Ansichten bezüglich der Schaffung einer internationalen Land- und Seemacht beizupflichten.

Nach einer Havas-Meldung wird das hervorstechendste Merkmal des neuen Waffenstillstandes sein, daß er nicht mehr auf kurze Frist, sondern endgültig bis zur Unterzeichnung der Friedensstrafe abgeschlossen werden soll. Der Oberste Kriegsrat ist der Ansicht, daß der provisorische modus vivendi weder für Deutschland, noch für die Entente länger wünschenswert sei, und daß es besser wäre, das Peinliche in den Beziehungen der beiden Parteien zu beseitigen.

Eine lehrreiche Gegenüberstellung

Die Pariser Zeitung „Libre Parole" veröffentlichte am 17. v. M. in auffallendem Druck folgende Zusammenstellung:

Verteilung der Stimmen auf der Pariser Konferenz:

Britisches Reich . . .	658 706 Tote	= 6 Stimmen
Amerika	36 154 Tote	= 9 Stimmen
Japan	— Tote	= 1 Stimme
Italien	360 000 Tote	= 1 Stimme
Frankreich	1 385 300 Tote	= 1 Stimme

„Wir protestieren im Namen der Gefallenen", schließt die „Libre Parole", die im allgemeinen für regierungsfreundlich gilt, seit dem Beginn der Friedenskonferenz jedoch an Clemenceau und England recht häufig scharfe Kritik übt.

*

Von der auswärtigen Presse.

behandeln die französischen Blätter die Arbeit der Nationalversammlung mit offensichtlichem Haß; so schreibt der „Intransigeant":

„Will der Verband seine Versuche machen, den Oesterreichern es zu ermöglichen, sich frei auszusprechen und der Besitzergreifung durch Deutschland zu entgehen?" — In ähnlichem Sinne schreibt „Echo de Paris": „Wir müssen unseren Druck auf die West- und Ostfront immer stärker machen. Der Oberste Kriegsrat muß dem Feind die Erkenntnis beibringen, wie vergeblich jeder Widerstand ist, so lange er seinen Verpflichtungen nicht vollkommen nachgekommen ist."

Was sagen die demokratischen Verfechter der internationalen Versöhnungsidee dazu?

Eröffnung der hessischen Kammer

Darmstadt, 13. Februar.

Heute vormittag ist die hessische Volkskammer durch den Ministerpräsidenten Ulrich als Alterspräsident eröffnet worden, der in seiner Rede u. a. erklärte, der Feind habe zwar den Sieg errungen, aber im Innern müsse uns die Niederlage besseren Zielen entgegenführen. Bei der Präsidentenwahl wurde zum ersten Präsidenten Beigeordneter Bernhard Adelung-Mainz (Soz.), zu Vizepräsidenten mit gleicher Berechtigung Geheimer Justizrat Dr. Joseph Schmitt-Mainz (Zentr.) und Justizrat Heinrich Rehfeld (Dem.) gewählt.

*

Neuordnung der Kreistage

Berlin, 13. Februar.

Der Zentralrat hat heute den von dem preußischen Ministerium des Innern vorgelegten Entwurf über die neue Zusammensetzung der Kreistage mit unwesentlichen Abänderungen zugestimmt. Er hat gleichzeitig das preußische Staatsministerium ersucht, den Entwurf im Wege der Notverordnung umgehend in Kraft treten zu lassen. Die Vorlage enthält die Neuordnung des Wahlrechtes zu den Kreistagen auf der Grundlage des Wahlrechtes zur Nationalversammlung. Bis zum 15. April hat die Neuwahl aller Kreistage zu erfolgen. Das preußische Staatsministerium wird sich in seiner Sitzung am 17. schlüssig werden über den Beschluß des Zentralrates.

*

Wiedergutmachungs-Haß in Frankreich

Paris, 13. Februar.

„Homme Libre" stellt fest, daß die Klotzsche Urkunde die Notwendigkeit immer gebieterischer erscheinen lasse, der von Clemenceau angekündigten Gefahr auszuweichen und sich darüber klar zu werden, daß, wenn wieder der freie Wettbewerb zwischen Frankreich und Preußen eintrete, diesem der Sieg bleiben würde. Die neue Welt werde aber diese Ungerechtigkeit nicht zulassen. Die amerikanische Delegation lasse als Ausgaben, die Wiedergutmachungen rechtfertigen, einzig und allein solche zu, die durch Plünderungen und Verwüstungen entstanden seien. Die britische Delegation betrachte alle Alliierten als Gläubiger, die gegenüber dem bankrotten Deutschland die gleichen Rechte haben. Frankreich widerspreche beiden Auffassungen und sei der Ansicht, daß die Erfahrungsrechte berechtigte Forderungen seien. Etwas anderes sei noch den Opfern Frankreichs, das seine Söhne und seinen Grund und Boden für die Sache der Menschlichkeit hingab, und das beinahe untergegangen wäre, unmöglich. Unmöglich sei es auch, zuzulassen, daß die ersten von Deutschland geschuldeten Wiedererstattungen, das bereits vorgebe, die furchtbare, von ihm selbst eröffnete Rechnung nicht bezahlen zu können, zu etwas anderem bestimmt sein könnten, als zur Wiedererweckung des Lebens jener Gebiete, über die Deutschland Tod und Verwüstung gebracht habe.

*

Die Entente in Danzig

Danzig, 13. Februar.

Der amerikanische kleine Kreuzer „Wicke" ist heute mittag im hiesigen Hafen eingelaufen. Er brachte eine Entente-Kommission nach Danzig, die mittags die Reichswerft besichtigte und sich dann in zwei Kraftwagen nach Elbing begab, um dort die Schiffswerft in Augenschein zu nehmen. Es handelt sich um Nachprüfung der Erfüllung von Waffenstillstandsbedingungen. Der amerikanische Kreuzer „Aylwin" traf bereits gestern nachmittag im Hafen von Neufahrwasser ein.

*

Reinwaschen im Radek-Fall

Berlin, 13. Februar.

Der „Vorwärts" erhielt von Richard Müller und Molkenbuhr folgende Erklärung: „Karl Radek hat bei seiner Verhaftung erklärt, er sei von Richard Müller und Molkenbuhr nach Berlin gerufen worden. Hierzu stellen wir folgendes fest: Am 23. November 1918 beschloß der Vollzugsrat, einen Zentralkongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands nach Berlin einzuberufen. Am 28. November 1918 beschloß der Vollzugsrat, die russische Regierung zu ersuchen, Delegierte zu dem am 15. Dezember 1918 stattfindenden Kongreß der A.- und S.-Räte zu entsenden. Dieser Beschluß wurde ausgeführt und von den beiden Vorsitzenden mit „Der Rat der Volksbeauftragten" gegengezeichnet. Eine andere Einladung an die russische Regierung, deren Mitglied Karl Radek ist, als die vom 29. November ist von uns nicht veranlaßt worden."

Ueber die Verhaftung Radeks macht die „B. Z." noch weitere Angaben. Danach sind Papiere in großer Anzahl bei ihm und seiner Sekretärin gefunden worden, von denen schon ein kurzer Ueberblick zeigt, daß damit die ganze Geheimorganisation der Spartakisten aufgedeckt ist.

Radek hat sich seit Mißlingen des Januarputsches unter dem Namen Dr. Richards in Berlin aufgehalten. Den Verkehr mit dem Spartakusbunde vermittelte seine Sekretärin. Radeks Hauptätigkeit bestand darin, die Verbindung zwischen Berlin und Moskau aufrecht zu erhalten und für Frühjahr einen großen bolschewistischen Putsch im ganzen Reiche vorzubereiten. Diese Pläne werden nun durch die Verhaftung Radeks unmöglich gemacht.

Auch einen anderen Urheber der Revolution, den Führer der Volksmarinedivision, Dorrbach, konnte man in der Provinz Posen verhaften.

*

Der Zeitenspiegel Lloyd Georges

London, 13. Februar.

Im Unterhause klagte Oberst Guinnes über die Verzögerung der Friedenskonferenz, die fast alles, nur nicht den Frieden mit Deutschland besprochen habe. Amerika, das früh in den Krieg eingetreten sei, könne sich vielleicht die Verzögerung leisten. Diejenigen aber, die die Lasten und Nöten des Krieges getragen hätten, könnten es nicht. Das Land brenne darauf, ob Lloyd George nicht nur Schadenersatz bis zum äußersten verlange, sondern auch Deutschland bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit zahlen lassen werde.

In seiner Antwort versicherte Lloyd George dem Hause, die Konferenz tue ihr Aeußerstes, um baldmöglichst zum Frieden zu kommen. Viele Fragen seien mit Deutschland zu regeln. Man nehme zum Beispiel die Frage der territorialen Wiederherstellung. Bezüglich Deutschlands Ostgrenze finden augenblicklich nicht offizielle Erörterungen statt. Es bestehe volle Zuversicht, daß eine völlige Uebereinstimmung bezüglich der gegen Deutschland vorzubringenden Forderungen, die Weltgrenze betreffend, erzielt werde. Die Grenzregulierung zwischen Polen und Deutschland sei aber eine andere Frage. Dort sei eine ungeheure Bevölkerung. Es sei sehr schwierig, hier ohne sorgfältige Untersuchung Linien zu ziehen. Elsaß-Lothringen sei eine hinreichende Warnung vor den Gefahren eines begangenen Fehlers. Bevor die nach Polen gesandte Untersuchungskommission zurückkehrt, werde es unmöglich sein, die Forderungen der Alliierten bezüglich der territorialen Wiederherstellung im Osten Deutschlands festzustellen. Was die Kolonien anbelange, so habe Deutschland durch die Art, wie es die Eingeborenen behandelt habe, und auch im Interesse der Sicherheit der Welt dieses Anrecht verwirkt. Das sei der wesentliche Teil des Friedens mit Deutschland. Bezüglich der Entschädigung halte die Regierung unbedingt an ihrem Wortlaut fest. Es bestände darin keine Meinungsverschiedenheit zwischen ihr und irgend einer anderen Regierung. Die Wiedergutmachung sei in der Entschädigung enthalten. Lloyd George bedauerte, daß von einigen Mitgliedern dem Völkerbund gegenüber ein geringschätziger Ton angeschlagen werde. Die kleinen Nationen sehnten sich sehr nach dem Völkerbunde. Die militärische Macht der Bolschewisten sei gewaltsam und groß, aber die Alliierten, ebenso wie Deutschland, seien entschlossen, um sie anzugreifen. Was die Sendung von Mannschaften anbelange, sei es die Frage, wer sie senden werde. Amerika würde weder Mannschaften noch Geld und Material senden. Deshalb werden die ganzen Lasten tatsächlich auf Frankreich und Großbritannien fallen. Der dritte ernsthafteste Kurs sei, nur das Feuer einzudrennen zu lassen. Dies sei eine brutale Politik. Es sei unmöglich, Bewundernswerte Verteidigung zu senden, wenn die eine große Verteidigungsstelle bolschewistisch sei. Die Bolschewisten versprachen die Zurückzahlung der Anleihen und die Wiederherstellung der von Frankreich und England in vergangenen Konzessionen, von denen sie wußten, daß alles für den Gebrauch Rußlands selbst war. Das bolschewistische System könne nicht ewig andauern. Aber inzwischen habe ich erfahren, daß die Drohung zu intervenieren, die Bolschewisten gemäßigten Elementen in die Arme treibe. Er teile den Abscheu vor dem Bolschewismus und weigere sich, ihnen die Hand zu reichen. Aber das hülfe einen nicht verhindern, nicht nur im Interesse Rußlands, sondern auch Großbritanniens und der ganzen Welt das beste zu tun und Ordnung und gute Regierung in diesem verwirrten Lande wieder herzustellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902141-16/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 14 Februar

Die Schiebungen im Halleschen S.-Rat

Der S.-Rat gibt zu. — Rosenberg geständig.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Zu dem Artikel in Nr. 31 Ihrer Zeitung betr. „Schiebungen im Halleschen Soldatenrat" verlangen wir auf Grund des Preßgesetzes die Aufnahme folgender Richtigstellung:

Richtigstellung

zu den angeblichen Schiebungen im Soldatenrat.

Die in Nr. 31 der „Halleschen Zeitung" gebrachte Meldung über Schiebungen im Soldatenrat mit Stoffen entspricht zum Teil nicht den Tatsachen und ist bewußt entstellt wiedergegeben worden.

Richtig ist, daß vom Soldatenrat Leinen- und Köperstoffe erworben wurden; lediglich aber, um einer Diebstahlsgefahr vorzubeugen und mit vollem Einverständnis des Reichsverwertungsamtes Berlin, das durch nachweisbare Stellen über den Wert dieser Stoffe voll und ganz bezahlt hat. Käufer dieser Stoffe war die hiesige Altkleiderverwertungsstelle.

Falsch ist, daß angeblich von den Groschen der Halleschen Hausfrauen der Soldatenrat finanziert wurde, und zwar entsprechend den vorliegend geschilderten Tatsachen.

Falsch ist, daß die ganze Angelegenheit verschwiegen werden sollte. Der S.-Rat hat und braucht nichts zu verschweigen, weil er für sein Tun und Lassen voll und ganz einstehen kann.

Tatsache ist, daß die Staatsanwaltschaft die Angelegenheit untersucht und daß bekanntlich im schwebenden Ermittlungsverfahren Tatsachen nicht bekanntgegeben werden können. Erst nach Abschluß dieses Verfahrens können die Akten geöffnet werden.

Richtig ist, daß Beamtenstellvertreter Rosenberg ohne Wissen des Vorstandes einen Posten Köper an eine Zivilperson verkauft, dafür eine ansehnliche Summe als Provision erhalten hat und mit einen anderen Mitgliedern des Soldatenrates geteilt hat. Erst nach Prüfung der voll und ganz in Ordnung befindlichen Bücher und Belege stellte sich der Verkauf an eine Privatperson heraus.

Tatsache ist, daß durch diesen Verkauf weder der Fiskus noch eine andere Behörde geschädigt worden ist. Auch hierfür wurde der volle Betrag der Reichsverwertungsstelle durch die Bank überwiesen.

Richtig ist, daß sich R. seit Sonnabend in Haft befindet.

Der Soldatenrat legt ganz entschieden Verwahrung gegen die Darstellung ein, als wolle er die Angelegenheit verschleiern, und erklärt, daß er jede Verfehlung eines seiner Mitglieder mit aller Rücksichtslosigkeit verfolgt und mit jedem zu Gebote stehenden Mittel bekämpft.

Der Soldatenrat Halle a. S.
Adler. Platen.

*

Wer beim Lesen dieser „Richtigstellung" ein Schmunzeln zu unterdrücken vermag, den beneiden wir ob seiner Gleichgültigkeit gegenüber unerquicklichen und peinlichen Vorgängen in der Oeffentlichkeit. Etwas derartig Schwindendes und Hinkendes von Richtigstellung ist von einer Behörde — und die ist doch gegenwärtig immer noch der Soldatenrat — wohl kaum jemals verfaßt worden. Dieser muß sich schon sehr durchsichtige Schleier der Berichtigung, den der Soldatenrat über den Tatbestand zu werfen versucht, mit abendrein noch so durchlöchert, daß die von uns gekennzeichneten Vergehen in ihrer ganzen Nacktheit hervorsehen. Die krampfhaften Bemühungen des Soldatenrates, wenigstens nicht die ganze Schwere der Verfehlungen sofort zugeben zu müssen, machen einen so kläglichen Eindruck, daß man ein gewisses Mitleid verspüren könnte, wenn die zu Gericht stehenden Handlungen so harmloser Natur wären, wie der Soldatenrat glauben machen will. Wenn kaum es verstehen, daß das Bekanntwerden dieser Angelegenheit den Soldatenrat sehr unangenehm berührt hat, und daher rührt wohl auch die Erregung, die ihn Ausdrücke gebrauchen läßt, welche eine Behörde, die Anspruch auf Autorität macht, stets vermeiden sollte. Mit Wendungen wie „Unterstellung" usw. wird nichts gerettet, im Gegenteil, da bekanntlich immer derjenige schimpft, der unrecht hat. Wir wollen allerdings nicht hoffen, daß der Soldatenrat die Anschuldigung, durch unsere Mitteilung seien die Tatsachen „bewußt entstellt wiedergegeben worden", in bezug auf diese Richtigstellung, die in Wirklichkeit ein wehleidiges Geständnis bedeutet, nach dem alten Volkswort erhoben habe: Es sucht keiner einen hinter dem Ofen, der nicht selbst zuvor einmal hinter diesem Ofen gestanden hat. Im übrigen können wir die Versicherung des Soldatenrates, daß er Verfehlungen seiner Mitglieder mit allen Rechtsmitteln bekämpfen werde, nur mit Genugtuung entgegennehmen.

Angesichts dieses „Berichtigungs"-Versuches sei hiermit also nochmals ausdrücklich festgestellt, was gestern an dieser Stelle berichtet wurde: Eine Reihe von Mitgliedern des Halleschen S.-Rates hat große Schiebungen mit Leinen- und Köperstoff vorgenommen und hat dabei Summen von rund 10000 Mark in ihre eigenen Taschen lanziert. Das auf diese Art betrügerisch erworbene Geld ist, wie jedermann sich an den fünf Fingern abzählen kann, nicht vom Himmel gefallen, sondern durch Aufschlag auf die Ware aufgebracht worden, und zwar dadurch, daß der Preis für das Meter Stoff um etwa 1 Mark heraufgesetzt wurde. Mit den auf diese Weise auf Kosten der Käufer erschwindelten Summen, mit den „Groschen der Hausfrauen" also, wie wir gestern bereits durchaus zutreffend schrieben, haben Rosenberg und die anderen „Provisionisten" sich das Leben in dieser traurigen Zeit über Maß und Ziel angenehm gemacht. —

Wie wir zuverlässig berichten können, ist Rosenberg in vollem Umfange geständig.

*

Aus Königsberg (Pr.) wird soeben gemeldet: Wegen Veruntreuung von 60 000 Mk. Staatsgeldern durch Unterschlagungen, Urkundenfälschungen und Betrug wurden die Soldatenräte Liememann und Graase in Augustowo verhaftet. Durch Bestechung der Bewachung gelang es ihnen, zu entkommen. Vorher mittellos, verfügten sie jetzt über große Bankguthaben, so daß die von ihnen gestohlenen Summen bedeutend größer sein müssen.

Gegen die Entente-Vergewaltigung

In der Aula des Reformrealgymnasiums fand gestern abend auf Anregung des Halleschen Bürgerausschusses eine starkbesuchte Versammlung statt, die einstimmig Einspruch erhob gegen die neuerliche Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen. Nach Ansprachen von Rechtsanwalt Dr. Schreiber, Arbeitersekretär Pickert, Prälat Heodergott, Prof. Dr. v. Drigalski, Dir. Dr. Hanf und je eines Vertreters der kaufmännischen Angestellten und Beamten wurden unter Beifall folgende beiden Entschließungen angenommen:

„An die Nationalversammlung in Weimar.

Die heute versammelten Halleschen Männer und Frauen aller Parteien und aller Berufe protestieren gegen eine jede neue Unterdrückungspolitik der Entente. Sie sind der Meinung, daß Deutschland unmöglich noch weitere Opfer bringen kann, und daß allein ein Friede des Rechtes und der Versöhnung einen Völkerbund im Interesse der ganzen Menschheit ermöglicht. Sie bitten die Nationalversammlung, durch eine geschlossene Kundgebung der ganzen Welt zu bedeuten, daß eine jede weitere Demütigung Deutschlands nicht im Interesse der Völkerversöhnung und der Verwirklichung der hohen Ideale eines Völkerbundes liegen kann."

„An die Reichsregierung in Weimar.

Die heute versammelten Halleschen Männer und Frauen aller Parteien und aller Berufe erheben feierlichst Protest gegen die bei jeder Verlängerung des Waffenstillstandes von den Gegnern geforderte weitere Verschärfung der ohnehin unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen, die bisher von Deutschland nach bestem Können erfüllt wurden. Wir protestieren gegen jede neue Vergewaltigung nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der ganzen Welt; wir fordern die sofortige Freigabe unserer Kriegsgefangenen, die baldige Aufhebung der Blockade und den schnellsten Abschluß eines den Wilsonschen 14 Punkten entsprechenden Friedens der Versöhnung, der den Völkerbund ermöglicht. Wir ersuchen die Regierung, der Entente in Trier klar zu machen, daß Deutschland keine weiteren Vergewaltigungen ertragen kann, wenn ihm nicht die Möglichkeit zur Wiedergesundung genommen werden soll."

*

Wie schon angekündigt, wird die Deutschnationale Volkspartei, Ortsverein für Halle, am Sonntag vormittag im „Thaliasaale" im Anschluß an die Vorträge der Herren Kühme, Prof. Dr. Steinbrück und Kreisschulinspektor Busse ebenfalls entrüstete Verwahrung gegen die Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen erheben. □

— **Der Verein für das Deutschtum im Auslande** hält nächsten Montag abend 8 Uhr seine Jahresversammlung im „Reichshof" ab. Der Vorsitzende des Vereins, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Voretzsch, wird einen Vortrag über „Das Deutschtum im Auslande und der Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich" bieten, wozu auch Gäste eingeführt werden können.

— **Allgemeiner Bürgerverein.** Am Freitag, dem 14. Februar, findet um 8 Uhr abends im „Ratskeller" eine Gesamtvorstandssitzung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Stadtverordnetenwahlen und Organisation der Wahlhilfe".

— **Der Vaterländische Frauenverein** bittet um folgende Richtigstellung: Unter den im Näheren des Vaterländischen Frauenvereins ausgezeichneten Damen muß es statt Frau Rektor Noske Frau Ida Noske heißen.

— **Herrnhuter- und Gnadauer-Zusammenkunft.** Am Freitag, den 14., findet nachmittags um 1/4 Uhr ein Familiennachmittag Kleine Klausstraße 12 statt. Vortrag des Pastor Williger: Zinzendorf in England und Amerika. Freunde der Brüdergemeine sind willkommen.

— **Für billiges Geld prächtige Musik** zu geben, ist das lobenswerte Ziel des am Sonnabend im „Thaliasaale" stattfindenden Konzertes des bekannten Schachtebek-Quartetts vom Leipziger Gewandhaus. Der Gleichfalls in Halle sehr beliebte Barition Ernst Possony singt auserwählte Lieder. (Karten bei Hofhan.)

Provinz Sachsen

— **Hettstedt,** 12. Febr. (Kein gewerkschaftlicher Beamtenstreik.) Der A- und S.-Rat Hettstedt hat sich bereit erklärt, den beleidigten gewerkschaftlichen Beamten auf dem Rathaus Genugtuung zu verschaffen und dafür zu sorgen, daß in Zukunft Bedrohungen der Beamten vermieden werden. Damit ist die Gefahr eines Beamtenstreiks der Mansfelder Gewerkschaft für diesmal beseitigt.

pk. **Themar,** 12. Febr. (Gemeinderatswahl.) Die hiesige Bürgerschaft braucht wegen der Gemeinderatswahl gar nicht an der Wahlurne zu erscheinen. Der Bürger- und auch der sozialdemokratische Verein haben sich in letzter Stunde zu einer vereinigten Liste entschlossen, auf der sieben bürgerliche und acht sozialdemokratische Kandidaten stehen. Diese gelten nun als gewählt, da keine zweite Liste eingereicht wurde.

— **Meiseneck,** 12. Febr. (Aus Denkschriftspläne der Stadtverordnetensitzung) wurden 100 000 M zur Ausführung von Notstandsarbeiten bewilligt. Die Denkschriftspläne und dafür zu sorgen, daß in Zukunft Bedrohungen der Beamten vermieden werden. Damit ist die Gefahr eines Beamtenstreiks der Mansfelder Gewerkschaft für diesmal beseitigt.

pk. **Themar,** 12. Febr. (Gemeinderatswahl.) Die hiesige Bürgerschaft braucht wegen der Gemeinderatswahl gar nicht an der Wahlurne zu erscheinen. Der Bürger- und auch der sozialdemokratische Verein haben sich in letzter Stunde zu einer vereinigten Liste entschlossen, auf der sieben bürgerliche und acht sozialdemokratische Kandidaten stehen. Diese gelten nun als gewählt, da keine zweite Liste eingereicht wurde.

— **Meiseneck,** 12. Febr. (Aus Denkschriftspläne der Stadtverordnetensitzung) wurden 100 000 M zur Ausführung von Notstandsarbeiten bewilligt. Die Denkschriftspläne und dafür zu sorgen, daß in Zukunft Bedrohungen der Beamten vermieden werden. Damit ist die Gefahr eines Beamtenstreiks der Mansfelder Gewerkschaft für diesmal beseitigt.

Volkswirtschaft

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 13. Februar. Die Börsenkreise waren durch das Gefühl der Unsicherheit bezüglich der weiteren Entwicklung der Waffenstillstandsverhandlungen beherrscht. Dies hatte eine weitgehende Zurückhaltung zur Folge. Angebot von Ware zeigte sich nicht, und daher kam es, daß Deckungen zu Kurserhöhungen führten und der Verkehr auf den meisten Gebieten das Gepräge der Festigkeit verriet. Dies galt namentlich für Schiffahrtswerte. Von Montanaktien zeichneten sich Gelsenkirchen durch eine dreiprozentige Steigerung aus. Rüstungswerte waren unanfällig beeinflußt durch die Meldung von der voraussichtlichen Dividendenlosigkeit der Rheinmetall-Aktien. Die letzteren selbst setzen mit einem Verlust von 24 Prozent gegen gestern ein, konnten sich aber späterhin etwas erholen, was auch auf die anderen Rüstungspapiere besserend einwirkte. Bemerkenswerte Steigerung erfuhren Prinz-Heinrich und besonders Türkische Tabak- und Orientbahn-Aktien. Am Anlagemarkt wurden ausländische Anleihen, insbesondere Mexikaner und Chinesen, zu höheren Kursen eingesetzt. Deutsche blieben ungefähr diesseits. Die Börse schloß abgeschwächt. Die nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerte waren vorwiegend fest.

Produktenbericht.

Berlin, 13. Februar. Dem lebhaften Begehr für Saatgetreide steht anhaltend nur geringes Angebot gegenüber. Dasselbe trifft für Kleesaaten zu. Dem Antrage, die Richtpreise für diesen Artikel aufzuheben, ist nicht stattgegeben worden. Serradella bleibt fest bei regen Umsätzen. Angesichts der milderen Witterung hat sich das Geschäft für Rüben wieder etwas belebt. Ueber den Mangel an Rauhfutter dauern die Klagen an. Wetter: milder.

* **Trostlose Lage in der Eisenindustrie.** (Drahtmeldung.) In der heutigen Sitzung des Stahlwerks-Verbandes wurde die gesamte Lage der Eisenindustrie eingehend erörtert. Die Berichte über die Steigerung der Selbstkosten der Hüttenwerke infolge der ohne jede Rücksicht auf ihre Fortsetzung erfolgten Lohnforderungen und des Rückgangs der Produktion ergaben die Tatsachen, daß die Betriebe mit dem Verlust ihres gesamten Vermögens und der Nutzenlosigkeit des Stillegens rechnen müssen. Die Verkaufspreise decken im allgemeinen nicht annähernd die Selbstkosten, kaum deren Hälfte.

* **Sangerhäuser Aktien-Maschinenfabrik und Eisengießerei.** Nach Abschreibung von 161 331 Mk. (i. V. 152 694 Mk.) verblieb ein Reingewinn von 626 448 Mk. (368 017 Mk.), der eine Dividende von 10 Prozent gestattet.

* **Mathildenhütte Akt.-Ges.** in Bad Harzburg. Vorschlag für 1918: 10 Prozent (i. V. 12 Prozent).

Berliner Kursberichte

Eisenbahn-Aktien:		Felten u. Guilleaume .	154,50
Halberstadt-Blankenb.	92,—	Gasmotoren Deutz .	159,—
Halle-Hettstedter . .	77,50	Gebhardt u. Co. . .	220,—
Schantungbahn . . .	109,25	Gelsenkirch. Bergb. .	160,—
Allg. Lokal-Str. . .	140,50	Glauziger Zuckerfbr. .	290,—
Gr. Berl. Str. . . .	120,50	Hallesche Masch.-Fabr.	290,—
Magdeburger Str.-B.	171,—	Hann. Masch. . . .	325,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	161,—	Harpener Berg . . .	167,50
Orientbahn	186,—	Hasper Eisen . . .	140,—
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer . . .	180,50
Hambg. Paketfahrt .	90,⅝	Höchster Farbw. . .	290,—
Hambg.-Südamerika .	140,—	Hoesch Eisen u. Stahl	229,25
Hansa-Dampfschiff .	—,—	Hohenlohe-Werke . .	112,25
Nordd. Lloyd . . .	90,⅞	Humboldt-Masch. . .	129,75
Banken:		Ilse-Bergbau . . .	3 7,—
Bank für Thür. . .	140,—	Kahla-Porzellan . .	260,50
Berl. Handelsges. . .	150,50	Kaliw. Aschersleben .	166,50
Comm u. Diskontobank	125,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Darmstädter Bank . .	120,—	Kyffhäuserhütte . . .	—,—
Dess. Landesbank . .	—,—	Lahmeyer u. Co. . .	116,—
Deutsche Bank . . .	213,75	Lauchhammer . . .	165,75
Diskonto-Comm. . .	168,—	Laurahütte	—,—
Dresdner Bank . . .	145,⅛	Linke u. Hofmann . .	306,25
Credit-Anst. Leipzig .	150,25	Ludwig Loewe u. Co.	242,—
Mitteld. Kreditbank .	122,50	Lothringer Hütte . .	137,50
Nationalbank . . .	—,—	Mannesmannröhren .	181,—
Oesterr. Kredit . . .	130,⅝	Oberschl. Eisenb.-Bed.	137,—
Reichsbank	130,—	do. Caro Heg. .	141,25
Industrie-Aktien:		do. Kokswerke .	207,—
Schultheiss-Brauerei .	244,—	Orenstein u. Koppel	155,75
Akt. f. Anilin . . .	237,50	Phönix-Bergb. . .	192,50
Allgem. Elektr.-Ges.	171,75	Rhein. Metall-Vorz. .	215,—
Ammendorfer Papierf.	—,—	Rhein Stahlwaren . .	149,50
Anhalter Kohlenw. .	180,—	Riebeck. Montan . .	191,—
Annaberger Steingut .	173,—	Rombacher Hütten . .	153,—
Badische Anilin . .	294,—	Rositzer Braunk. . .	121,25
Bergmann-Elekt.-Akt.	147,50	Rositzer Zucker . .	134,⅞
Berl. Masch.-Bau . .	222,—	Sangerhuser Masch.	240,—
Bismarckhütte . . .	202,25	Hugo Schneider u. Co.	215,—
Bochumer Gußstahl .	190,⅞	Schuckert u. Co. . .	126,50
Chem. Fabrik Buckau	121,50	Siemens u. Halske . .	155,25
Chem. Griesheim . .	240,50	Stettiner Vulkan . .	146,—
Chem. v. Heyden . .	240,50	Stollberger Zinkh. . .	117,50
Consolidation Schalke	250,—	Strals. Spielkarten .	—,—
Cröllwitzer Papierfabr.	224,—	Thale-Eisenhütte . .	280,—
Daimler-Motoren . .	230,—	Triptis-Akt.-Ges. . .	185,—
Deutsch-Luxemburg .	121,75	Türkische Tabakregie	416,50
Deutsche Uebersee-El.	138,⅞	Ver. Köln-Rottweiler .	196,⅞
Deutsche Erdöl . .	200,—	Vereinigte Elberf. . .	451,—
Deutsche Gasglühl. .	323,—	Wegelin u. Hübner . .	161,75
Deutsche Kali . . .	172,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Deutsche Waff. u. Mun.	192,—	Westeregeln-Alkali .	218,25
Donnersmarkhütte . .	247,50	Wittener Gußstahl . .	168,50
Döring u. Lehrmann .	87,—	Wrede-Mälzerei . .	113,—
Dürkoppwerke . . .	314,—	Zeich.-Kriebitsch. Brk.	—,—
Elberfelder Farben .	279,75	Zeitzer Masch. . . .	291,—
		Zellstoff Waldhof . .	210,50
		Otavi-Minen . . .	110,50

Gewinn-Auszug

der

13. Preuss.-Südd. (239. Preuss.) Klassen-Lotterie

2. Klasse — 2. Ziehungstag. — 12. Februar 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loos gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 96 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 20000 M 19272
2 Gewinne zu 5000 M 105866
2 Gewinne zu 3000 M 76389
2 Gewinne zu 1000 M 24055
6 Gewinne zu 500 M 125085 193359 215326
18 Gewinne zu 400 M 15576 41936 76866 122222 136069 146804 162057 200113 203479
80 Gewinne zu 300 M 3118 13013 16620 23568 51715 69388 71671 74764 113864 127158 127541 140475 145293 197015 213327
72 Gewinne zu 200 M 810 1093 1243 5134 13663 14520 16969 17883 20813 30898 32935 33425 37182 41096 51900 55070 53575 66190 70785 72272 73798 73827 74837 77234 77484 85041 92083 92733 [illegible] 112562 [illegible] 116147 123341 138879 143501 149695 170695 180544 184170 184585 188207 198368 197225 203562 204145 214293

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 96 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 1000 M 158371
6 Gewinne zu 500 M 63908 133508 202734
12 Gewinne zu 400 M 7168 60439 81833 111700 131706 214319
22 Gewinne zu 300 M 18743 67715 92874 98751 96312 101932 144814 147597 167059 187909 188050
72 Gewinne zu 200 M 1125 1774 3339 10508 17065 30457 32153 33740 39419 42863 52535 55398 65257 65573 78386 89242 93860 96362 106580 111834 112041 123854 126328 129215 131590 137319 139997 145902 171763 173267 179319 179776 196637 201844 215043 207499

Um dem aus englischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Sohne die Teilnahme ermöglichen zu können, wird die Beerdigung des

Rittergutsbesitzers Herrn

Curt von Zimmermann

aus Nischwitz

auf Sonnabend nachmittag 2 Uhr verschoben.

Nischwitz, den 13. Februar 1919.

Ruth Gräfin Schack

geb. von Zimmermann.

Hauptschriftleiter. Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher; Volkswirtschaft, i. V.: Hans Heilling; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung sowie für den lokalen Teil: Adolf Meyer, für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: i. V.: Hans Heilling; für den Anzeigenteil: Paul Serkens, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele, Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boegich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902141-16/fragment/page=0003

Kaffee- u. Teeservice in grösster Auswahl empfiehlt zu billigsten Preisen **Louis Böker,** Leipziger Str.

Aufruf

zum Eintritt Freiwilliger bei den 12. Husaren!

Die von Osten her drohende Offensive der Bolschewiki-Armeen, die Gefahr neuer terroristischer Umtriebe unseres Vaterlandes und die Sicherungen seiner Grenzen am Herzen liegt, zur Ehrenpflicht, jetzt nicht mehr untätig abseits zu stehen, sondern seine Kräfte in den Dienst seines Vaterlandes zu stellen.

Wir rufen in erster Linie alle alten 12. Husaren, denen noch ein Funken alter Treue und Anhänglichkeit zu ihrem Regiment im Herzen lebt, auf, zu uns zu kommen und mit uns einzutreten für:

Sicherung der Reichsgrenzen gegen den äußeren Feind!
Ruhe und Ordnung für unser Vaterland!
Friedliche Arbeit und Schutz des Eigentums!
Schutz der Regierung gegen den Terror!
Schutz der Nationalversammlung!
Sicherstellung der Durchführung ihrer Beschlüsse!

Uns ist aber auch jeder andere deutsche Soldat, der 1. v. ist, in der Front gewesen, im Besitz der Entlassungspapiere einschl. Soldbuch ist und sich den bewährten Grundsätzen deutscher Manneszucht und Führung unterwirft, herzlich willkommen.

Wir brauchen vor allem:

Kavalleristen, denn wir wollen als berittenes Regiment ausrücken,
M.-G.-Schützen zur Aufstellung einer M.-G.-Eskadron,
Fahrer, Handwerker (Schmiede, Schneider, Köche, Sattler),
Schreiber.

Angehörige bestehender Truppenteile, die uns beitreten wollen, bringen möglichst ihre Feldausrüstung, die bereits entlassenen Mannschaften ihre Entlassungsanzüge, die gegen Abschätzung angekauft werden, mit.

Jeder Angehörige erhält mobile Löhnung, mindestens aber 30 Mk. monatlich. 5 Mk. Tageszulagen und im Gebiet des Ober-Ost eine monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie von 30 Mk., steigend um 5 Mk. bis zu 50 Mk. Freie Verpflegung, Unterkunft und Kleidung. Versorgungsansprüche und Familienunterstützung werden gewährt. Freiwillige verpflichten sich mit dem Tage des Eintritts für einen Monat. Kündigung 14 Tage vor Ablauf desselben.

Bei endgültiger Entlassung werden Entlassungs-Gebührnisse gezahlt. Entlassungsanzug wird mitgegeben!

Meldet Euch sofort schriftlich beim Regiments-Geschäftszimmer Torgau a. E., Husarenkaserne. Ihr werdet dann einberufen, ein Fahrschein wird Euch vom Regiment zugesandt.

Thüringisches Husaren-Regt. Nr. 12
Torgau a. d. E.

Vereinigung z. Verwertung v. Schlachtpferden

Halle a. S. e. G. m. b. H. Büro: Schlachthof.
Telegramm-Adresse: **Schlachtpferde.** **Fernspr. 1029.**

Wir sind **dauernd Abnehmer** von

Schlachtpferden jeder Anzahl

und bitten die Herren **Landwirte** und **Pferdebesitzer** höflichst um **Angebote** an **uns direkt** oder an unsere Mitglieder.

Notschlachtungen werden jederzeit schnellstens und korrekt ausgeführt.

Alsleben, Karl, Halle a. S.,	Telefon	4218.	Quandt, Herm., Halle a. S.,	Telefon	1156.
Böhlert, Herm.,	„	1568.	Drömer, Paul,	„	3468.
Holland, Arthur,	„	2403.	Thurm, Johannes,	„	6518.
Möbius, Arthur,	„	2458.	Thurm, August,	„	6507.
Müller, Herm.,	„	4046	Weinrich, Karl,	„	1876.
Puppe, Aug.,	„	4463.	Zaubitzer, Max,	„	3515.

Freiwillige,

meldet Euch zum Eintritt in die

Garde-Kavallerie-Schützen-Division!

Eingestellt werden Mannschaften, Unteroffiziere und Offiziere **aller Waffen** und auch **Ungediente** (Oberprimaner Notabitur, Schüler anderer Klassen Reife für nächste Klassen).

Monatlich erhalt. 5 Mk täglich Zulage, gute reichliche Verpflegung (Feldportionen), Familienunterstützung, nach 3 Monaten 14 Tage Urlaub.

Anwerbung erfolgt im

Werbebüro Magdeburg, Kaiserstraße 77.

Auswärtige erhalten Fahrscheine nach Magdeburg zugesandt. Nähere Bedingungen sind im Werbebüro einzusehen. Militärpapiere mitbringen. Uniform wird abgekauft. Minderjährige Ungediente Erlaubnisschein der Eltern.

Lohneinschnitt.

Ich übernehme für Kommunalverwaltungen, Städte, Gemeinden und größere industrielle Werke den

Einschnitt von Weißkohl zu Sauerkraut,

sowie die Bearbeitung aller sonstigen Gemüsesorten in

Werklohn

zu günstigen Bedingungen in meinen Betrieben Berlin, Calbe-Saale, Danzig, Husum und Stralsund, Kreis Gebern. **Fastagen** zum Abtransport stelle ich auf Wunsch zur Verfügung.

Auch schließe ich mit Communalverbänden, Magistraten

Gemüse-Anbauverträge für 1919

ab unter Uebernahme der Kontrolle und Ueberwachung der Verladung.

Karl Kühne, Berlin N. 31,
Brunnenstraße 111.

Achtung — Kraftfahrer!

Für Grenz- und Heimatschutz werden dringend im Kraftfahrwesen erfahrene Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften benötigt.

Bedingungen: Verpflichtung für den Grenzschutz Ost, mobile Löhnung, Zulage Mk. 5.— pro Tag, freie Verpflegung und Unterbringung.

Meldungen:

a) für Offiziere schriftlich oder telegraphisch an die Inspektion der Kraftfahr-Truppen, Berlin W. 66, Mauerstraße 83/84, Abteilung Ia.

b) für Unteroffiziere und Mannschaften schriftlich oder persönlich an das Generalkommando IV. A.-K., Magdeburg, Fürst-Leopold-Straße, Abteilung Kraftfahr-Referent, Zimmer 10.

Magdeburg, den 11 Februar 1919.

Von seiten des Generalkommandos, Der Exekutivausschuß des IV. A.-K.
Für den Chef des Generalstabes: I. V.:
I. A.: v. Einem, Hauptmann. Lötsch.

Bekanntmachung

Nr. F. R. 100/1. 19. K. N. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die von den Kriegsministerien oder Militärbefehlshabern erlassenen, den Betroffenen namentlich zugegangenen Verfügungen über Beschlagnahme und Meldepflicht von Tonerdehydrat (aus stang. Bauxit) treten außer Kraft.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 25. Januar 1919 in Kraft.

Berlin, den 25. Januar 1919.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.
Wolffsügel.

Bekanntmachung

Nr. F. R. 560/1. 19. K. N. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

Die §§ 11, 12 und 14 der Bekanntmachung Nr. 1/7. 17. A. 10, betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise für Salzsäure vom 1. Juli 1917, sowie die Nachtragsbekanntmachung Nr. 1001/11. 17. A. 10 zu dieser Bekanntmachung vom 1. Dezember 1917 treten bis auf weiteres außer Kraft.

Artikel II.

Diese Bekanntmachung tritt am 5. Februar 1919 in Kraft.

Berlin, den 25. Januar 1919.

Kriegs-Rohstoff-Abteilung.
Wolffsügel.

Bekanntmachung.

Nachdem durch die aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Kreises zusammengesetzte Lohnkommission die Löhne und Sachbezüge für die landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen endgültig festgesetzt worden sind, geben wir bekannt, daß unter Hinzurechnung des festgesetzten Wertes der Sachbezüge als Tagesentgelt gilt:

a) für vollwertige, über 20 Jahre alte Arbeiter	6.63	M
b) „ Geschirrführer	7.05	„
c) „ Hofmeister	7.38	„
d) „ Frauen an 8 Monaten (etwa vom 15. März bis 15. November)	2.74	„
an 4 Monaten (etwa vom 16. November bis 14. März)	2.34	„
e) „ ledige Arbeiter im Alter von 17 bis 20 Jahren	3.80	„
f) „ ledige Arbeiter im Alter von 14 bis 17 Jahren	2.65	„

Hiernach gehören vollwertige, über 20 Jahre alte Arbeiter, Geschirrführer und Hofmeister in Stufe XI, Frauen in Stufe VI oder V, ledige Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren in Stufe VIII, ledige Arbeiter im Alter von 14 bis 17 Jahren in Stufe VI.

An die Arbeitgeber richten wir unter Hinweis auf § 13 der Satzung das Ersuchen, die Lohnveränderungsanzeigen, soweit es noch nicht geschehen, unverzüglich bei der Meldestelle in Halle (S.) einzureichen. Vordrucke hierzu können bei den zuständigen Zahlstellen in Empfang genommen werden.

Sofern in einzelnen Fällen Barlohn und Sachbezüge von der Festsetzung der Lohnkommission abweichen, ist der Tages- oder Wochenentgelt und die Sachbezüge getrennt, letztere nach Art und Menge anzugeben. Im übrigen genügt die Angabe der oben mitgeteilten Tagesentgelte sowohl in den Lohnveränderungsanzeigen als auch in den künftigen Anmeldungen.

Halle a. S., den 12. Februar 1919.

Der Vorstand
der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises.
O. Kettsch, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Landw. Woche

Turnier und Auktion

Deutscher Pferde

Tattersall, Lützenstr. 23.

Prämiierung von Hengsten, Reit-, Spring- und Wagenpferden **18. Febr.** 2 Uhr.

Versteigerung: **Hengstmarkt** **19. u. 20. Febr.** 10 Uhr.

Berlin W. 50, Rankestr. 36. Tel. Steinpl. 4781.

Reichsverband für Deutsches Halbblut.

Saatkartoffeln.

An- und Verkauf anerkannter und gewöhnlicher Pflanzkartoffeln vermittelt

Landw. Bezugs- u. Absatzgenossenschaft in Reinschdorf, Kreis Cosel O.-S.

Düngemittel, Futtermittel, Getreide, Sämereien.

Von der Landwirtschaftskammer in Breslau zugelassen.

Fernruf: Amt Cosel Nr. 75.

Besonders interessieren Angebote in Kaiserkrone, Frührosen und sonstigen Frühkartoffeln zur Frühjahrslieferung in möglichst anerkannter Saatware.

Wichtig für Gartenbesitzer.

Gemüsesamen-Sortimente.

Sortiment I: 20 der besten und erprobten Riesengemüse für kleinere Hausgärten, als Blumenkohl, Blätterkohl, Weißkohl, Rotkohl, Wirsing, Rosenkohl, Kohlrabi, Kohlrüben, Möhren, Zwiebeln, Radieschen, Porree, Salat, Rettich, Petersilie, Gurken, Sellerie, Spinat, Bohnen und Erbsen, zusammen für 10 Mark.

Sortiment II: 20 der besten oben erwähnten Sorten, ausreichend für mittlere Hausgärten, für 17 Mark.

Sortiment III: 20 der besten oben erwähnten Sorten, ausreichend für größere Hausgärten, für 24 Mark.

Alle Aenderungen der Sortimente werden auf Wunsch gern vorgenommen. — — Alle anderen Gemüsesämereien zu vorgeschriebenen Nichtpreisen.

Eckendorfer Riesenwalzen-Futterrunkel-Samen bringen stets die höchsten Erträge und größte Haltbarkeit. 1 Ztr. 55 Mk., 10-Pfund-Postpolt 28 Mk., 1 Pfund 3 Mk.

Preisliste gratis und franko.

Rino Hildebrandt, Saatgutwirtschaft, Gierstädt-Erfurt 20.

Kaufe

Zucker- und Futterrüben-Samen

gegen Kasse.

Albert Ullrich,
Quedlinburg a. H. Telephon 80.

Pianos

in allen Holz- und Stilarten in großer Auswahl.

G. Rich. Ritter,
Flügel- und Piano-Fabrik.

Hosenträger von 1.— bis 10.— Sehr große Auswahl. H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 34.

Stabile elektrische Glühlampen zu Fabrikpreisen **Hönemann** Bahnhof 1 — Tel. 3681

Haltbare, gute Schuhsenkel empfiehlt [6819] H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 34.

Pianolas, Pianolapianos, Blüthner-Duoanola-Pianos usw. in großer Auswahl vorrätig. Preise von 2500—10 000 M. Großes Notenrollenlager in 88- u. 65tönigen Notenrollen. Notenrollen-Abonnements. **B. Döll,** Gr. Ulrichstraße 33/34.

Zu den gesetzl. Höchstpreisen gebe von der Landwirtschaftskammer i. d. Prov. Sachsen anerkannte, bewährte Saaten gegen Saatkarte ab:

Gerste Bethge III 1. u. 2. Abstat. **Mahnd. Hanna** 1. Abs. saat. **Hafer F. v. Lochows** 2. Abt. **Strubes** 2. Abt. anerk. **Sommerweizen Strubes** 1. u. 2. Abt. in Käufers Säcken

W. Haberland, anerk. Saatgutwirtschaft, **Rittergut Prussendorf,** Kreis Bitterfeld.

Bahn, Post u. Tel. Zörbig 15.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191902141-16/fragment/page=0004